

Magisterordnung der Juristischen Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg

Vom 14. August 1992

Aufgrund von Art. 6 und Art. 81 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) und aufgrund des § 47 der Qualifikationsverordnung erläßt die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg folgende Satzung:

Vorbemerkung zum Sprachgebrauch

Die Bezeichnung weiblicher und männlicher Personen durch die jeweils maskuline Form in der nachstehenden Satzung bringt den Auftrag der Hochschule, im Rahmen ihrer Aufgaben die verfassungsrechtlich gebotene Gleichstellung von Mann und Frau zu verwirklichen und die für Frauen bestehenden Nachteile zu beseitigen, sprachlich nicht angemessen zum Ausdruck. Auf die Verwendung von Doppelformen oder andere Kennzeichnungen für weibliche und männliche Personen (z.B. Bewerberin/Bewerber) wird jedoch verzichtet, um die Lesbarkeit und Übersichtlichkeit zu wahren. Mit allen im Text verwendeten Personenbezeichnungen sind stets beide Geschlechter gemeint.

§ 1

Akademischer Grad

- (1) Die Juristische Fakultät verleiht für die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg ausländischen Studenten, die außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes ein Rechtsstudium erfolgreich abgeschlossen haben, den akademischen Grad eines Magister Legum (LL.M.).
- (2) Voraussetzung ist ein ordnungsgemäßes Magisterstudium und das Bestehen der Magisterprüfung.

§ 2

Qualifikation

- (1) Die Qualifikation für das Magisterstudium für ausländische Juristen wird nachgewiesen durch den erfolgreichen Abschluß eines dem deutschen Rechtsstudium vergleichbaren und gleichwertigen juristischen Studiums an einer Hochschule außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes.

- (2) Die Entscheidung über diese Voraussetzung trifft der Dekan.

§ 3

Betreuer

Der Student wird von einem Hochschullehrer der Fakultät betreut, den der Dekan im Einverständnis mit den Beteiligten als Betreuer bestellt. Ein Wechsel in der Person des Betreuers auf Wunsch des Studenten ist möglich.

§ 4

Magisterstudium

- (1) Das Magisterstudium dauert zwei Semester.
- (2) Der Student hat an Lehrveranstaltungen im Umfang von insgesamt 24 Semesterwochenstunden teilzunehmen, die sich gleichmäßig auf die beiden Semester verteilen sollen. Der Student wählt die Lehrveranstaltungen im Einverständnis mit dem Betreuer aus.
- (3) Der Student hat an zwei Seminaren bei verschiedenen Dozenten oder an einem Seminar und an einer Klausurarbeit im Rahmen einer Übung nach seiner Wahl im Bürgerlichen Recht oder im Strafrecht oder im Öffentlichen Recht teilzunehmen. Dabei hat er die Nachweise für eine erfolgreiche Teilnahme zu erbringen, die für die ordentlichen deutschen Studierenden vorgeschrieben sind. Diese Leistungsnachweise dürfen nicht alle in demselben Rechtsgebiet (§ 7 Abs. 3) erworben werden.

§ 5

Magisterprüfung

- (1) Die Magisterprüfung dient dem Nachweis, daß der Kandidat die Grundzüge und Grundlagen des in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechts beherrscht und in der Lage ist, in diesem Rahmen ein ausgewähltes Rechtsproblem wissenschaftlich vertieft zu bearbeiten.
- (2) Die Magisterprüfung besteht aus einer Magisterarbeit und einer mündlichen Prüfung.

§ 6

Magisterarbeit

- (1) Mit der Magisterarbeit soll der Kandidat nachweisen, daß er selbständig wissenschaftlich arbeiten und die Ergebnisse sachgerecht darstellen kann.
- (2) Die Magisterarbeit wird nach dem Ende der Vorlesungszeit des ersten Semesters und vor dem Ende der Vorlesungszeit des zweiten Semesters vom Betreuer ausgegeben. Der Betreuer teilt den Tag der Ausgabe dem Dekan mit. Die Magisterarbeit ist drei Monate nach der Ausgabe beim Dekan einzureichen.
- (3) Die Magisterarbeit ist in deutscher Sprache abzufassen.
- (4) Der Antragsteller hat schriftlich zu erklären, daß
 1. er die eingereichte Magisterarbeit selbständig angefertigt und andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt hat;
 2. die eingereichte Magisterarbeit nicht anderweitig als Prüfungsleistung verwendet worden ist;
 3. die eingereichte Magisterarbeit noch nicht in der deutschen oder in einer anderen Sprache als Veröffentlichung erschienen ist.
- (5) Die Magisterarbeit wird von zwei Hochschullehrern begutachtet. Sie werden vom Dekan bestimmt. Als Erstgutachter ist in der Regel der Betreuer zu bestellen.

§ 7

Mündliche Magisterprüfung

- (1) Die Zulassung zur mündlichen Magisterprüfung setzt voraus
 1. einen Zulassungsantrag des Kandidaten an den Dekan;
 2. den Nachweis der Immatrikulation im Magisterstudium für ausländische Juristen;
 3. den Nachweis eines ordnungsgemäßen Magisterstudiums gemäß § 4.
- (2) Über die Zulassung entscheidet der Dekan. Die Zulassung wird versagt, wenn die Voraussetzungen gemäß Absatz 1 nicht vorliegen oder wenn der Kandidat diese oder eine gleichwertige Prüfung bereits zweimal nicht bestanden hat.

(3) Die mündliche Prüfung erstreckt sich auf die folgenden drei Gebiete:

1. die Grundzüge des deutschen Bürgerlichen Rechts,
2. die Grundzüge des deutschen Strafrechts,
3. die Grundzüge des deutschen Öffentlichen Rechts.

In einem der Gebiete wählt der Kandidat anstelle der Grundzüge ein Spezialgebiet, das den Gegenstand einer von ihm besuchten Lehrveranstaltung von mindestens zwei Semesterwochenstunden bildet.

- (4) Der Dekan bestellt drei Hochschullehrer zu Prüfern für die mündliche Prüfung; einer der Prüfer soll der Betreuer der Magisterarbeit sein.
- (5) Die Prüfung erfolgt in deutscher Sprache und dauert je Prüfungskandidat und Rechtsgebiet etwa 15 Minuten. Sie wird von dem jeweiligen Prüfer in Gegenwart eines sachkundigen Beisitzers abgenommen. Von den mündlichen Prüfungen sollen Niederschriften angefertigt werden, aus denen die wesentlichen Gegenstände und das Ergebnis der Prüfung hervorgehen.
- (6) Die mündliche Prüfung wird am Ende des zweiten Semesters abgehalten.

§ 8

Bewertung der Prüfungsleistungen

(1) Die einzelnen Prüfungsleistungen werden bewertet mit

- 1 = sehr gut
- 2 = gut
- 3 = befriedigend
- 4 = ausreichend
- 5 = nicht ausreichend

Zwischennoten sind nicht zulässig.

(2) Die Prüfungsgesamtnote wird auf zwei Dezimalstellen errechnet. Dazu werden die Einzelnoten aus den Gutachten über die Magisterarbeit mit dem Faktor 3 multipliziert, die Einzelnoten aus der mündlichen Prüfung dazu addiert und diese Summe durch 9 geteilt.

(3) Für die Gesamtnote gilt:

1,00 - 1,50 = sehr gut

- 1,51 - 2,50 = gut
- 2,51 - 3,50 = befriedigend
- 3,51 - 4,00 = ausreichend
- 4,01 - 5,00 = nicht ausreichend.

- (4) Die Prüfung ist nur bestanden, wenn die Durchschnittsnote der Magisterarbeit und der mündlichen Prüfung jeweils keinen schlechteren Wert als 4,0 erreicht.

§ 9

Magisterurkunde

Nach Bestehen der Magisterprüfung verleiht der Dekan dem Kandidaten den akademischen Grad eines Magister Legum (LL.M.) für die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg durch Aushändigung der Magisterurkunde. Die Urkunde enthält die Prüfungsgesamtnote und wird vom Dekan unterschrieben. Das Recht zur Führung des akademischen Grades beginnt mit dem Tag der Aushändigung der Urkunde.

§ 10

Akteneinsicht, Wiederholungsprüfung, Täuschung

- (1) Nach Abschluß der Prüfung kann der Kandidat Einsicht in die Prüfungsakten nehmen.
- (2) Wurde die Magisterarbeit abgelehnt, so kann der Kandidat in einem neuen Verfahren einmal eine weitere Magisterarbeit vorlegen.
- (3) Eine nicht bestandene mündliche Prüfung kann einmal wiederholt werden, und zwar innerhalb eines Jahres.
- (4) Versucht ein Prüfungsteilnehmer das Ergebnis einer Prüfungsleistung durch Täuschung zu beeinflussen, so ist sie mit der Note "nicht ausreichend" zu bewerten.

§ 11

Inkrafttreten

Diese Magisterordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Ausgefertigt aufgrund der Beschlüsse des Senats der Universität Erlangen-Nürnberg vom 26. Februar und 27. Mai 1992 und der Genehmigung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst mit Schreiben vom 3. August 1992 Nr. X/5-6/87 251.

Erlangen, den 14. August 1992

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'G. Jasper', written in a cursive style.

(Prof. Dr. G. Jasper)

Rektor

Die Satzung wurde am 14. August 1992 in der Universität Erlangen-Nürnberg niedergelegt; die Niederlegung wurde am 14. August 1992 durch Anschlag in der Universität Erlangen-Nürnberg bekanntgegeben. Tag der Bekanntmachung ist der 14. August 1992.